

Entschließungsantrag

der Bundesräte Albrecht K. Konecny, Ludwig Bieringer, Stefan Schennach, Peter Mitterer,
Monika Mühlwerth
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Sicherung des Vertrauens der Sparer in die österreichischen Banken

eingebracht im Zuge der Debatte im Bundesrat am 8. Oktober 2008 zu TOP 8) 915/A sowie
8016/BR d.B. und 8020/BR d.B.

zum Beschluss des Nationalrates vom 25. September 2008 betreffend ein Bundesgesetz, mit
dem das Einkommensteuergesetz 1988 geändert wird
(915/A sowie 8016/BR d.B. und 8020/BR d.B.)

Mit dem gegenständlichen Gesetzesbeschluss des Nationalrates werden Änderungen im
Einkommensteuergesetz vorgenommen. Die Finanz- und Steuerpolitik ist eine zentrale Frage
für unsere Bürgerinnen und Bürger. So ist die Sparquote in Österreich überdurchschnittlich
hoch. Dies dokumentiert, dass das Vertrauen der Österreicher in unser Bankensystem
beträchtlich ist. Dieses Vertrauen soll auch in Zukunft gewährleistet bleiben.

Allerdings haben sich die Wirtschaftsaussichten global in Europa und in Österreich stark
verschlechtert. Ausgehend von den „Sub-Prime“ - Turbulenzen in den USA ab dem Sommer
2007 macht sich die von den Wirtschaftsforschern und den Internationalen Organisationen
vorhergesagte Eintrübung der Wirtschaftslage nunmehr auch in Österreich bemerkbar.

Verstärkt wurden diese Tendenzen durch die aktuellen Entwicklungen in den USA. Das US-
Finanzsystem wurde in den letzten Wochen von massiven Turbulenzen erschüttert. Anfang
September 2008 kam es zur Verstaatlichung von Fannie Mae und Freddie Mac, um eine
Insolvenz der beiden größten Hypothekenfinanzierer mit unabsehbaren Auswirkungen für die
Gesamtwirtschaft abzuwenden.

Mit der Mitte September 2008 erfolgten Insolvenz von Lehman Brothers hat sich die globale
Situation weiter verschärft: Merrill Lynch wurde durch die Bank of America übernommen,
und der größte amerikanische Versicherungskonzern American International Group (AIG)
wurde um 85 Mrd. US-\$ verstaatlicht. Die viertgrößte US-Bank Wachovia war in den USA
ebenso in Turbulenzen geraten und musste einen großen Teil ihres Geschäfts an die Citigroup
verkaufen.

Die amerikanische Regierung hatte zuvor ein 700 Mrd. USD - Paket zur Rettung der
krisengeschüttelten Banken beschlossen, um den Banken und Versicherungen problematische
Kredite und Wertpapiere abzukaufen und somit weitere Turbulenzen auf den Finanzmärkten
zu verhindern.

Auch Europa bleibt nicht von der Finanzkrise verschont. In Großbritannien übernimmt die
Bank Lloyds TSB den Baufinanzierer Halifax Bank of Scotland (HBOS) für 15 Milliarden

Euro; Bradford und Bingley, ein Unternehmen, das stark in der Hypothekarfinanzierung engagiert ist, wird zerschlagen, die unveräußerbaren Teile verstaatlicht. In Kontinentaleuropa haben zuletzt die Schieflagen der belgisch-niederländischen-luxemburgischen FORTIS-Gruppe, der belgisch-französischen DEXIA und auch der Hypo Real Estate AG in München für Schlagzeilen gesorgt. Letztere konnte nur durch eine rasche, konzertierte Hilfe der Bundesrepublik Deutschland und der Kommerzbanken verbunden mit einer hohen Staatsgarantie abgesichert werden. Darüber hinaus sind einige Staaten dazu übergegangen, Garantiezusagen für die Absicherung aller Bankeinlagen abzugeben. Hervorzuheben sind wegen der besonderen Relevanz für den österreichischen Markt Deutschland, aber auch Irland. Andere Länder haben wiederum nationale Sanierungskonzepte vorgeschlagen oder sind dabei, diese umzusetzen, wie bspw. die Niederlande oder Dänemark.

Besondere Verunsicherung ist durch die Finanzkrise bei den Sparern eingetreten. Dem muss seitens der Bundesregierung entgegengetreten werden. Weiters muss alles unternommen werden, um Standortnachteile gegenüber anderen Staaten zu vermeiden. Aus all diesen Erwägungen stellen die nachstehenden unterzeichneten Bundesräte und Bundesrätinnen folgenden

Entschließungsantrag:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, alle Maßnahmen zu ergreifen, dass die Einlagen von natürlichen Personen bei österreichischen Banken mit Wirkung vom 1. Oktober 2008 in voller Höhe abgesichert werden.

Dies kommt den Sparern zu Gute, sichert Vertrauen in die österreichischen Banken und vermeidet Standortnachteile gegenüber anderen Staaten, insbesondere gegenüber Deutschland.

